

Mehr Ressourcen und bessere Ausbildung entscheidend für die wirkliche Inklusion

Stellungnahme des Stadtelternbeirates zum Abschluss des Projektes „Modellregion Inklusive Bildung Frankfurt am Main“

Frankfurt, 16. Oktober 2020. Im Nachgang zur Abschlussveranstaltung der „Modellregion Inklusive Bildung“ zieht der Stadtelternbeirat ein gemischtes Fazit und fordert deutlich mehr Mittel für die Inklusion. Ein inklusives Schulsystem kann aus Sicht der Elternvertretung nur dann tatsächlich erfolgreich sein, wenn Schulträger und Land auch die entsprechenden Ressourcen dafür bereitstellen. Das beinhaltet zum einen die erhebliche Aufstockung der personellen Unterstützung für die Inklusion an Schulen. Hierfür ist auch erforderlich, die Ausbildung für Sonderpädagogen so zu gestalten, dass zeitnah eine ausreichende Anzahl an Förderlehrern ausgebildet werden kann. Zum anderen muss auch die Expertise insgesamt ausgebaut werden, damit alle Schulen in die Lage versetzt werden, inklusiv unterrichten zu können.

Der Stadtelternbeirat Frankfurt widerspricht der Aussage von Bildungsdezernentin Weber, dass mit „flexibler Pädagogik“ überall inklusiver Unterricht ermöglicht werden könne. „Es geht nicht um Flexibilität oder Kreativität. Die meisten Schulen, die inklusiv unterrichten, tun dies mit großer Motivation, Kreativität und beeindruckendem Einsatz, stoßen jedoch aufgrund der mangelnden Ressourcen täglich an ihre Grenzen: Sonderpädagogen sind aufgrund der restriktiven Stundenzuweisung nicht durchgängig anwesend. Einen guten Teil der Zeit sind die Lehrer auf sich gestellt – aber sie haben gar keine entsprechende Ausbildung für die Inklusion und können in inklusiven Klassen alleine überhaupt nicht den sehr unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht werden. Auch die Versorgung mit Teilhabeassistenten stößt an ihre Grenzen da es zu wenige auf dem Markt gibt und die Genehmigung sich oft verzögert.“, so die Vorsitzende des Stadtelternbeirates Julia Frank. In der Folge mehrten sich die Überlastungsanzeigen der Schulen, weil immer mehr Lehrer ob der Doppelbelastung ausfallen.

Sehr klar positioniert sich der Stadtelternbeirat gegen die Absicht der Bildungsdezernentin, Förderschulen ab 2022 schließen zu wollen. Dieses entspreche nicht der gelebten Realität und dem Wunsch eines Teils der Eltern. Zudem belaste eine Schließung der gut besuchten Förderschulen, ebenso wie die Schließung von Hauptschulen, das gesamte Schulsystem, das in seiner derzeitigen Aufstellung dafür weder personell, in seiner Expertise noch baulich ausgerüstet ist. Hierzu bekräftigt der Stadtelternbeirat seine Forderung, dass die notwendigen Ressourcen an den Regelschulen zeitnah deutlich ausgebaut werden. Nach wie vor hätten Eltern ein Recht auf die freie Wahl, ob für ihr Kind eine inklusive Beschulung oder eine Förderschule besser geeignet sei, so der Vorsitzende des Inklusionsausschusses im Stadtelternbeirat, Bernhard Grünewald. Es sei immer eine individuelle Entscheidung, wie und wo das jeweilige Kind mit seinen Neigungen am besten beschult werden könne, und diese Wahlmöglichkeit sei wichtig. Eine echte Wahlmöglichkeit für die Kinder und Familien sei jedoch nur gegeben, wenn die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Inklusion sowohl an den Regelschulen als auch an den Förderschulen von staatlicher Seite geschaffen und

gewährleistet werden. „Man muss vom Kind her denken, das gilt für jeden einzelnen Fall – und die können jeweils sehr unterschiedlich sein. Der Wunsch nach Inklusion wurde im letzten Schuljahr laut Staatlichem Schulamt in keinem Fall abgelehnt“, sagt Grünewald. Eine inklusive Beschulung bedeute auch, dass man gegebenenfalls die Peergroup mit bedenken müsse, da die Inklusion einzelner Inklusionsschüler in einer Regelklasse nicht in jedem Fall eine gute Möglichkeit darstelle.

Der Stadt Elternbeirat fordert bereits länger eine dauerhafte und aktive Einbindung der Elternvertretung in die Inklusiven Schulbündnisse in Frankfurt. Diese Einbindung habe bislang aber kaum stattgefunden. Immer noch werde in einem intransparenten Prozess über die Köpfe der Eltern und Familien hinweg entschieden, bemängelt die Vorsitzende Julia Frank das Vorgehen. Nur gemeinsam mit Schulen, Schulträgern, den Beratungs- und Förderzentren und den Eltern sowie durch entsprechende Bereitstellung von Ressourcen könne man langfristig die Haltung aller Beteiligten verändern und ein gut funktionierendes System für alle Schülerinnen und Schüler etablieren.